

TOP 2 Haushaltssatzung für das HHJ 2025 einschließlich der Finanz- und Investitionsplanung 2024-2028

Die SPD-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in den genannten 3 Punkten

- der Kenntnisnahme der Haushaltsverfügung des Kommunalrechtsamtes
- dem Beschluss der Haushaltssatzung für das HHJ 2025
- dem Finanzplan für die Jahre 2024 – 2028 inklusive dem Investitionsprogramm

zu.

Der Grund für den heutigen TOP ist, dass das Kommunalrechtsamt der vom Gemeinderat beschlossenen Haushaltssatzung die Gesetzmäßigkeit nicht bestätigt und damit dem Gemeinderat und der Verwaltung die Aufgabe gestellt hat, bis zum 30.06.25 einen gesetzmäßigen Haushaltsplan vorzulegen.

Konkret wurden zwei Punkte beanstandet:

- die negative Liquidität und
- die Kreditermächtigung für 2025

In der Stellungnahme der Verwaltung zur Liquidität wird darauf verwiesen, dass die Prognosewerte eine negative Liquidität ergeben haben, die erfahrungsgemäß nicht auftritt und auf der Basis der jetzt vorliegenden tatsächlichen Werte auch nicht auftreten wird, da die liquiden Mittel zum Jahresende deutlich höher ausfallen werden.

Allein aus den drei laufenden Großprojekten sozialer Wohnungsbau, Containeranlage und Ersatzneubau Hort ergab sich ein Kreditbedarf, der aus den erforderlichen Mittelanmeldungen für die bereits geplant bzw. laufenden Bauausgaben resultierte. Da zwischenzeitlich die Datenbasis genauer ist und auch z.B. die ersten Vergaben unter den Kostenschätzungen der Planung lagen und damit die Kalkulation besser wird, zeigt sich, dass neue Kreditaufnahmen vermeidbar sind.

Da auch die Finanzmittel nach dem Jahresabschluss 2024 höher ausfallen werden als bisher angenommen, liegen die Eigenmittel um 1,33 Mio.€ über der Planung und das Liquiditätsdefizit von 1,31 Mio.€ kann ausgeglichen werden. UM die Mindestreserve zu erreichen haben wir uns darauf verständigt, im konsumtiven Haushalt einige Punkte zu verschieben bzw. zu reduzieren. Mit zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem FAG der Kleinkinderbetreuung und einer erhöhten

kommunalen Investitionspauschale verbessert sich das ordentliche Ergebnis auf einen Fehlbetrag von ca. 3,9 Mio.€. Die angestrebte Mindestliquidität wird erreicht.

Zusätzlich wurde im ATU beschlossen einige Investitionsvorhaben zu reduzieren bzw. zu verschieben, so dass auch konsumtiv ca. 2,3 Mio.€ eingespart werden können. 1,5 Mio.€ an verminderten Ausgaben bei Ersatzneubau Hort tragen in 2025 am meisten dazu bei.

Dass das Thema Haushaltskonsolidierung die nächsten Jahre auf der Agenda steht, ist uns allen bewusst. Die SPD-Fraktion unterstützt auch die Idee einer Klausurtagung im Juni, um tragfähige Lösungen in der Haushaltspolitik für die nächsten Jahre zu finden. Ob und wenn ja wie bei uns hier von den geplanten 100 Mrd.€ an Infrastrukturausgaben der Länder ein nennenswerter Betrag ankommt, wird man sehen. Wir sollten aber mit keinen zusätzlichen Mitteln aus der Ecke vorab planen.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen der Vorlage zu.